



Rede

des Herrn Ministerpräsidenten  
vor dem Deutsch-französischen Institut Ludwigsburg  
„Sprache und Politik“

22. Juni 2017

Musikhalle Ludwigsburg

## I.

Sehr geehrter Herr Prof. Baasner,

sehr geehrte Damen und Herren,

es ist mir eine Ehre hier vor den Freunden des Deutsch-Französischen Instituts zu sprechen. Einer Perle der deutsch-französischen Partnerschaft. Und einer Ideenschmiede, die seit ihrer Gründung der Politik und Gesellschaft unserer Länder wichtige Impulse gibt.

Ich denke zum Beispiel an die Initiative, den französischen Präsidenten Charles de Gaulle nach Ludwigsburg einzuladen.

Das Ergebnis war die „Rede an die Jugend“ vor der prachtvollen Kulisse des Ludwigsburger Schlosses während de Gaulles ersten Deutschlandbesuchs.

Eine große Rede, die – auf Deutsch gehalten – zu einem politischen Meilenstein für die deutsch-französischen Beziehungen und damit für ganz Europa geworden ist.

Aber sie war auch ein Meilenstein, der zeigte, welche Kraft und welchen Pathos die Sprache in der Politik hat!

Ausgerechnet Charles de Gaulle sagte, ich zitiere:

„Ich beglückwünsche Sie, junge Deutsche zu sein, Kinder eines großen Volkes!“.

Ein unerwarteter und gerade deshalb äußerst kraftvoller Satz. Ausgesprochen von einem Mann, der einen großen Teil seines Lebens im Kampf gegen Deutschland verbracht hatte.

Große, direkte Worte – die zu einer wichtigen Überschrift für inzwischen 55 Jahre deutsch-französische Freundschaft und ein gemeinsames Europa geworden sind!

## II.

Man sieht an diesem Beispiel: Sprache ist mächtig!

Sprache kann das Medium der Aufklärung sein.

Aber Sprache kann auch das Werkzeug der Feinde der Aufklärung sein.

Auch dafür gibt es viele Beispiele, angefangen bei der Sprache der Nationalsozialisten bis hin zur „Hate Speech“ in den sozialen Medien oder den persönlichen Verunglimpfungen von Rechtspopulisten.

Für die Philosophin Hannah Arendt ist Sprache der Beginn des politischen Handelns. „Sprechend und handelnd“, schreibt sie, „schalten wir uns in die Welt der Menschen ein“.

Für Hannah Arendt ist Sinn und Ziel von Politik die Freiheit des Menschen. Insofern stellt sie einen direkten Zusammenhang zwischen Sprache und Freiheit her. Sprechen bedeutet für sie „Sprechen in Freiheit“!

Daran müssen wir uns gelegentlich wieder erinnern, denn das ist auch heute nicht selbstverständlich.

Ein Beispiel ist die Türkei, wo ein zunehmend autoritärer Präsident die Presse- und Meinungsfreiheit immer stärker schleift.

Aber auch in den USA leidet das freie Wort, allerdings auf eine subtilere Art und Weise.

Fakten und Argumente werden ignoriert und diskreditiert.

Orwell schreibt in 1984: „Und wenn alle anderen die von der Partei verbreitete Lüge glaubten - wenn alle Aufzeichnungen gleich lauteten -, dann ging die Lüge in die Geschichte ein und wurde Wahrheit.“

Sprechen ist dann nicht mehr freiheitliches politisches Handeln, sondern manipulative Machtpolitik.

### III.

Meine Damen und Herren,

das erste Lehrbuch der Rhetorik stammt von Aristoteles. Für ihn war ethisches Handeln die Voraussetzung für die Sprach- oder Redekunst.

Die beiden großen Rhetoriklehrer Roms, Cicero und Quintilian, führten den Gedanken noch weiter.

Der vollendete Redner war bei ihnen ein Mensch, der höchste sittliche Normen zu erfüllen hat – ein *vir bonus*. Redner durfte sich nur nennen, wer sein Wirken auf das Allgemeinwesen richtete.

Aber schon Thukydides wusste, dass es neben dem Redner als Demokraten aber auch den Redner als Demagogen und Volksverführer gibt. Und dass die Redekunst ein Werkzeug ist, das großen Schaden anrichten kann, wenn es in falsche Hände gerät.

Das ist heute noch genauso wie vor ein paar tausend Jahren.

Verändert hat sich nur der öffentliche Raum, in dem Sprache ihre politische Wirkung entfalten kann. Nach Reden auf den Plätzen und Parlamenten kamen Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen.

Und nun das Internet und die sozialen Medien.

### IV.

Mit Facebook, Twitter und Co. sind neue Medien entstanden, deren positive und negative Kraft wir derzeit Schritt für Schritt kennenlernen.

Anfangs waren alle vom demokratischen Potential der sozialen Medien begeistert. Ich denke zum Beispiel an den Beginn des arabischen Frühlings oder die Gründung der Piratenpartei.

Dann folgte eine Phase der Ernüchterung.

Und heute diskutieren wir fast nur noch über die Gefahren der sozialen Medien: über Filterblasen und Echokammern, über Hacker, Trolle und „social bots“, über Enthemmung und Hass, über digitale Propaganda und die Folgen der Disruption klassischer Medien, für die es bisher keinen Ersatz gibt.

Damals hatten wir durch die Zeitungen einen gemeinsamen Kanon, der uns begleitet hat. Das Internet hat nun eine völlig andere Situation geschaffen.

In Baden-Württemberg existiert weiterhin eine vielfältige Presselandschaft, aber alle Zeitungen haben Probleme, überhaupt noch Leser zu finden.

Ich habe dafür keine Lösung.

Wer keine Zeitung mehr liest, nicht die Tagesschau guckt und sich stattdessen nur noch im Bereich der sozialen Medien informiert, - und das sind nicht wenige! -, hat keine Instanz mehr, die die Dinge kritisch prüft und einordnet.

Da stellt sich natürlich die Frage: Wie sollen wir damit umgehen?

Mit Gesetzen, völlig klar. Natürlich darf niemand im Netz zu Gewalt aufrufen. Selbstverständlich ist Beleidigung, Nötigung und Stalking online genauso verboten wie offline. Und es für mich auch völlig klar, dass diese Grundregeln auch im Netz durchgesetzt werden müssen.

Gleichzeitig dürfen wir Politiker aber natürlich auch nicht alles auf die sozialen Medien schieben und sie allein dafür verantwortlich machen, dass sich das politische Klima verschlechtert hat.

Wir müssen uns auch die Frage stellen, ob bei all dem Unmut und Hass, der da geäußert wird, nicht etwas ans Tageslicht kommt, was schon lange im Verborgenen gegoren hat. Ob jenseits von Manipulation auch berechnete Ängste und Sorgen eine Rolle spielen.

Ein Beispiel ist das Thema Europa.

Für mich ist Europa ein Jahrtausendprojekt, dem wir die längste Friedensphase der europäischen Geschichte verdanken.

Und das ich schon allein deshalb immer verteidigen werde, weil es uns einen Raum der Freiheit, des Friedens und des Wohlstands geschenkt hat, den wir vorher nie hatten.

Ich teile die Einschätzung des neuen französischen Präsidenten, Emmanuel Macron, der während seines Wahlkampfs sagte, dass wir Europa nicht den Populisten überlassen dürfen und es verteidigen müssen. Dass Europa aber zugleich tiefgreifend reformiert werden muss, weil es dysfunktional geworden ist.

Europa verteidigen und erneuern, das ist der richtige Weg.

## V.

Meine Damen und Herren, sehr geehrter Professor Baasner,

auch wenn es ein wenig über das vorgegebene Thema hinausgeht, möchte ich an dieser Stelle noch auf einen Punkt kommen, der mir persönlich wirklich am Herzen liegt.

Wir sollten den Neuanfang in Frankreich nutzen, um unsere Beziehung zu Frankreich neu zu denken und neu erlebbar zu machen.

Natürlich haben wir im Südwesten nicht zuletzt dank der Arbeit des DFI ein besonders gutes Verhältnis zu unserem Nachbarn auf der anderen Rheinseite.

Aber zur Wahrheit gehört auch, dass die eine oder andere Städtepartnerschaft im Lauf der Jahrzehnte ein wenig erstarrt ist.

Wie oft in der Zivilgesellschaft hängt das Engagement an einer kleinen Gruppe oder auch nur an einer Person, - und wenn die sich nicht mehr kümmert, kümmert sich plötzlich niemand mehr.

Ich möchte Sie einladen, dass wir uns gemeinsam Gedanken machen, wie wir den Partnerschaften eine Frischzellenkur verpassen können, wie wir den Schüleraustausch intensivieren und nachhaltiger gestalten können.

Dabei müssen wir Europa zum Zentrum machen!

Wie die Jugend mit ihrer Initiative „Pulse of Europe“, für die ich wirklich dankbar bin.

## VI.

Meine Damen und Herren,

zurück zu den klaren Worten, zu de Gaulle, Macron und den alten Rhetoriklehrern, die verlangen, dass eine Rede klar und verständlich ist, ihre Sprache muss dem Gegenstand und der Situation angemessen sein.

Karl Popper hat es einige Jahrhunderte später so ausgedrückt:

„Jeder Intellektuelle hat eine ganz spezielle Verantwortung. Er hat das Privileg und die Gelegenheit zu studieren. Dafür schuldet er es seinen Mitmenschen, die Ergebnisse seines Studiums in der einfachsten und klarsten und bescheidensten Form darzustellen.“ – Zitat Ende.

Ja, - Politik muss eine klare, verständliche Sprache sprechen, darf sich nicht hinter Fremdwörtern, Schlagwörtern oder Plastikwörtern verstecken.

Damit entfernt sie sich von den Menschen.

Politik muss darüber sprechen, was für die Menschen wichtig ist.

## VII.

Das bedeutet, dass wir den Mut haben müssen, die Dinge beim Namen zu nennen.

Peter Strohschneider, der Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft, hat kürzlich in einem Vortrag vor einem „Zwangssystem verabsolutierter political correctness“ gesprochen, das in amerikanischen Universitäten einen kritischen wissenschaftlichen Diskurs verhindert.

Alle potenziell kritischen Themen werden von vornherein ausgeblendet, um ja niemandem weh zu tun.

An der Yale-University gab es kürzlich eine erbitterte Auseinandersetzung darüber, ob mexikanische Strohhüte oder Indianerverkleidungen auf einer Halloween-Party zulässig sind.

Hier bei uns habe ich vor kurzem einmal wieder das Kinderbuch von Jim Knopf und Lukas dem Lokomotivführer in die Hand genommen und festgestellt, dass auch hier die politischen Korrektoren am Werk waren.

Die beiden Abenteurer reisen neuerdings nicht mehr nach China, sondern nach Mandala – als ob das die Welt besser machen würde!

Doch gerade die Wissenschaft, sagt Peter Strohschneider, braucht Irritationen, braucht Unvertrautes, um wach und denkfreudig zu bleiben.

Korrektheit, oder genauer: der Respekt vor dem Anderen, ist wichtig.

Aber man kann es – wie alles – auch übertreiben. Zu viel Korrektheit schafft zwar einen Wohlfühlraum, aber keine kritischen Gedanken.

Wenn wir nicht mit klarer Sprache diskutieren, dürfen wir uns nicht wundern, wenn die Populisten und Demagogen das Feld besetzen. Wenn dann Verbalradikalismus und eine Verrohung der Sprache Einzug halten. Und dies dann zu politischen Verschiebungen führt, die wir nicht wollen.

Meine Damen und Herren, sehr geehrter Herr Professor Baasner,

die Sprache in der Politik braucht Klarheit.

Und sie braucht Respekt.

Nun freue ich mich auf die Diskussion mit Ihnen!